

## Bericht des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE

Gemäß § 15 Abs. 4 (Aufgaben des Parteitag) beschließt der Parteitag über den Bericht des Bundesausschusses zur Parteientwicklung, zum Zusammenwachsen der Landesverbände in den neuen und alten Bundesländern und zur Arbeit des Bundesausschusses.

Der Bundesausschuss hat im vergangenen Berichtszeitraum vier Tagungen in Berlin durchgeführt. Die Teilnahme an den Sitzungen stellt sich wie folgt dar:

März 2019	54 Teilnehmende
Juni 2019	53 Teilnehmende
September 2019	70 Teilnehmende
November 2019	44 Teilnehmende
Juni 2020 (Videokonferenz)	60 Teilnehmende

Die im März 2020 geplante konstituierende Sitzung wurde auf Grund der aktuellen Pandemie-Situation abgesagt. Aufgrund der anhaltenden Pandemieeinschränkungen hat sich das Präsidium entschieden auch die für April geplante Sitzung des Bundesausschusses abzusagen. In einem Brief wurden alle Mitglieder des Bundesausschusses darüber informiert. Gleichzeitig entschied sich das Präsidium:

1. die Mitglieder des Bundesausschusses in einem Umlaufverfahren die Abstimmung zum Haushalt des Parteivorstandes durchzuführen. In einem zweistufigen Verfahren hatten alle Mitglieder des BA noch einmal die Gelegenheit Fragen bezüglich des Haushaltes zu stellen, die dann vom Bundesschatzmeister beantwortet werden und danach eine Votum abzugeben. Von der Möglichkeit der Nachfragen machte ein Mitglied Gebrauch, an der Abstimmung nahmen 49 Mitglieder teil, wobei 38 Zustimmung, 8 Ablehnung und 3 Enthaltung signalisierten.
2. sich schriftlich an den PV wenden. Dabei ging es uns
  - um den Umgang mit der Strategiekonferenz. In dem Brief haben wir unser Unverständnis zum Ausdruck gebracht, dass der PV die Strategiekonferenz auswerten will, ohne eine schriftliche Diskussionsvorlage. Fraglich war für uns, mit welchem Ziel dann eine solche Diskussion erfolgen soll. Erinnern wir uns: Die Strategiekonferenz wurde aufgrund der erreichten Wahlergebnisse 2019, den vielen Diskussionen in der Bundespartei konzipiert um in einer offenen, breit angelegten Atmosphäre Fragen auf konkrete Antworten herauszuarbeiten. Da ging es zum einen um die gesellschaftliche Entwicklung und zum anderen um die Entwicklung in unserer Partei.
  - Desweiteren haben wir die Frage der Entwicklung einer Strategie für die Zeit nach der Pandemie angemahnt. Dies unter Berücksichtigung der Veränderung in der Gesellschaft. Zu klären wäre aus unserer Sicht, welche Antworten unsere Partei für die dann anstehenden Herausforderungen geben wird!
  - Gleichzeitig haben wir darum gebeten, gemeinsam mit uns darüber nachzudenken, in wie weit der Bundesausschuss als Organ der Partei stärker in die zukünftigen Aufgaben / Entscheidungen einbezogen werden könnte.

Darüber hinaus führte das Präsidium des Bundesausschusses im August 2019 eine Klausurtagung durch, mit dem Ziel, die bereits festgeschriebenen Aufgaben auf Basis der vorhandenen Beschlusslage abzustimmen, die Arbeitsweise des Präsidiums zu diskutieren und notwendige Festlegungen zu treffen. An dieser Klausurtagung nahm teilweise auch der Parteivorsitzende Bernd Rixinger teil. In dem gemeinsamen Gespräch ging es in erster Linie um die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen PV und Bundesausschuss, die Wahrnehmung der Verantwortung des Präsidiums und der zukünftigen Aufgaben des Bundesausschusses aus Sicht des Parteivorsitzenden. In diesem offenen, teilweise auch kritischen Gespräch brachten die Mitglieder des Präsidiums zum Ausdruck, dass sie den Bundesausschuss nicht in erster Linie als Kontrollorgan des Parteivorstandes sehen. Allerdings erwarten sie vom

Partei Vorstand, dass die Beschlüsse des Bundesausschusses durch den Parteivorstand ernster genommen werden, sie in kritischen Situationen der Partei frühzeitig in die Überlegungen einbezogen werden. Darüber hinaus war man sich einig darüber, dass der Bundesausschuss auch in Zukunft die Entwicklung der Landesverbände, das Zusammenwachsen der Partei und das gemeinsame Agieren in den Mittelpunkt der Arbeit stellen wird.

Das Präsidium verständigte sich von Beginn an auf Basis der vorliegenden Anträge und den formellen Anforderungen auf die entsprechenden Tagesordnungen und bereitete diese mit Unterstützung der Mitarbeiterinnen der Bundesgeschäftsstelle vor. Bestandteil dieser Arbeit war auch die Einordnung aller von der 1. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE überwiesenen Anträge an den Bundesausschuss in Absprache mit den Antragstellern.

- In der Beratung im März 2019 führten wir auf der Basis des Beschlusses des Bundesausschusses von November 2018 (034) unsere Beratung zum Thema »Parteientwicklung« durch. Ziel dieser Beratung war es, die seit Jahren in der der Bundespartei/ dem Bundesausschuss diskutierte unterschiedliche Entwicklung der Landesverbände zu beleuchten. Diskutiert wurden unter anderem z.B. die Frage eines bestehenden Ost-West-Konfliktes in der Partei bzw. auch die Ursachen für die unterschiedlichen Wahlergebnisse. Eine entsprechende Analyse, die diese Situation bewertet/ ihre Ursachen konkret benennt, wurde bislang nicht vorgenommen, obwohl sich der Bundesausschuss mit konkreten Beschlüssen um eine entsprechende Debatte/ Auseinandersetzung bemüht hat (Analyse der gefassten Beschlüsse in den Landesverbänden, Diskussion im Bundesausschuss mit Vertreterinnen und Vertretern der unterschiedlichen Landesverbände). Die Einführung in diesen Tagesordnungspunkt erfolgte durch Barbara Borchardt (BA Präsidium), gefolgt von Inputreferaten von Bernd Riexinger (Partei vorsitzender) und Kathrin Gebel (Mitglied im Bundessprecher\*innenrates des Jugendverbandes)
- Anschließend diskutierte der Bundesausschuss in insgesamt vier Gesprächsrunden mit Vertreterinnen und Vertretern der Landesverbände zur Parteientwicklung. Folgende Länder waren vertreten:
  - Ates Gürpınar, Landesvorsitzender Bayern
  - Cornelia Barth, Landessprecherin Bremen
  - Jan Schalauske, Landessprecher Hessen
  - Steffen Dittes, Stellv. Landesvorsitzender Thüringen

Durch die Mitglieder des Präsidiums erfolgte zum Abschluss der Gesprächsrunden eine kurze Zusammenfassung, in der Beratung wurden folgende Themen in den Mittelpunkt gestellt:

1. Die politische Bildung in der Partei muss weiter verstärkt werden.
2. Hinsichtlich der Entwicklung in der Partei gibt es Unterschiede in Bezug auf Flächenländer und Stadtstaaten. Die Partei sollte ein Konzept für den ländlichen Raum erarbeiten.
3. Die vom Bundesausschuss seit Jahren geforderte Analyse der Ursachen für die unterschiedlichen Wahlergebnisse usw. muss unbedingt erfolgen.
4. In den Landesverbänden gibt es zahlreiche Initiativen, die über unterschiedliche Formen in der Partei veröffentlicht werden sollten.

Darüberhinaus wurden in Bezug auf die weitere Arbeit weitere Vorhaben zur Parteientwicklung beschlossen.

Eingeordnet in diese Sitzung waren auch die vom Parteitag an den BA überwiesenen Anträge:

»Für eine konsequent internationalistische Linke« (mehrheitlich abgelehnt); »Aktionstag gegen Rassismus am 16. März« (mehrheitlich beschlossen); »Eigenanteil bei stationärer Pflege begrenzen!« (mehrheitlich beschlossen); »Nein zum neuen Polizeigesetz Brandenburg« (mehrheitlich beschlossen); »Lateinamerika« (mehrheitlich beschlossen, vorab wurde die Behandlung des Dringlichkeitsantrages »Venezuela« des GfPVs mehrheitlich abgelehnt); »Für friedliche Beziehungen zu Russland – der

Vergangenheit und der Zukunft wegen« (mehrheitlich). Außerdem beschloss der Bundesausschuss noch den Dringlichkeitsantrag »Freiheit für Chelsea Manning«.

Darüber hinaus beschäftigte sich der BA in dieser Sitzung mit der Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament und dem Finanzplan 2019. Die entsprechende Kommunikationsstrategie und die Wahlkampagne wurden zur Kenntnis genommen. Der Finanzplan 2019 wurde mehrheitlich beschlossen. Um die Beschlüsse des Bundesausschusses öffentlich zu machen, beschloss der Bundesausschuss die Bundesgeschäftsstelle zu beauftragen, die Beschlüsse des Bundesausschusses nicht nur der Parteiöffentlichkeit, sondern auch über offizielle Verteiler zur Verfügung zu stellen.

Die Juni Sitzung des BA wurde zur Vorbereitung der Wahl der Delegierten zum Kongress der europäischen Linkspartei genutzt, wobei Heinz Bierbaum, Mitglied des Politischen Sekretariats der EL, die Gelegenheit bekam, über die Arbeit, die Herausforderungen und Probleme in der EL zu berichten. Das Verfahren zur Wahl der EL-Vertreter\*innen der LINKEN in den Organen der Partei der Europäischen Linken (EL) wurde einstimmig beschlossen.

Eingeordnet in die Tagesordnung waren wiederum die überwiesenen Anträge des Bundesparteitages an den Bundesausschuss: »Hinweis zum von der BAG Grundeinkommen angestrebten Mitgliederentscheid« (mehrheitlich beschlossen); »Primat des Kampfes gegen die Klimaerwärmung in der Politik der LINKEN« (mehrheitlich beschlossen); »Tiere wirksam schützen« (mehrheitlich beschlossen); »Barrierefreiheit ist die Grundvoraussetzung für Partizipation und Teilhabe aller Menschen – in der Partei, in der Gesellschaft, in Europa« (mit Übernahme der Änderungsanträge des Parteivorstandes, mehrheitlich beschlossen).

Gleichzeitig diskutierte der Bundesausschuss die Wahlergebnisse für die Partei DIE LINKE zur Wahl der Bremer Bürgerschaft und zum Europäischen Parlament mit konkreten Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit in der Bundespartei. Der von der Arbeitsgruppe »Zusammenwachsen« vorbereitete Beschlussentwurf »Ein weiter so kann es nicht geben!« wurde mehrheitlich beschlossen.

Die Septembersitzung stand ganz im Zeichen der Auswertung der Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg. Vertreter\*innen der Landesverbände erhielten die Gelegenheit, eine erste Einordnung der Wahlergebnisse vorzunehmen. Diese wurden durch Bernd Rixinger aus Sicht des Parteivorstandes ergänzt. In der anschließenden Diskussion wurde von Seiten der BA-Mitglieder auf die kritische Situation in unserer Partei hingewiesen und die Umsetzung des Beschlusses des BA »Ein weiter so kann es nicht geben!« eingefordert. Das Anliegen des Parteivorstandes, eine Strategiekonferenz durchzuführen, wurde unterstützt. Die Einbeziehung des Bundesausschusses in seine Vorbereitung sollte selbstverständlich sein. Darüber hinaus wurden die Delegierten zum Kongress der Europäischen Linken und unsere Vertreterinnen für den Vorstand der EL gewählt.

In der Novembersitzung beschäftigten wir uns ausgiebig mit der Vorbereitung der Strategiekonferenz. Unter dem Tagesordnungspunkt »Erwartung der Landesverbände an die geplante Strategiekonferenz« stellte der Bundesgeschäftsführer die entsprechenden Beschlüsse des PV und den Stand der Vorbereitung dar. In der anschließenden Diskussion wurden von Seiten der Mitglieder des Bundesausschusses erneut der Anspruch erklärt, zur Strategiekonferenz eine entsprechende Analyse vorzulegen. Ausgangspunkt wäre der Beschluss des BA »Ein weiter so kann es nicht geben« und die Schlussfolgerungen des Ältestenrates.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt beschloss der Bundesausschuss die vom Präsidium vorgelegte Beschlussempfehlung zur Arbeitsweise des Bundesausschusses 2020-2021.

Obwohl die Sitzung im Juni als Präsenzveranstaltung geplant hatten, haben wir nach einer Abstimmung unter den Mitgliedern des BA entschieden, diese als Videokonferenz durchzuführen. Aus diesem Grund konnte zu dem Termin die Wahl des Präsidiums nicht durchgeführt werden. Der Bundesausschuss verständigte sich zur Arbeitsweise, seiner Geschäftsordnung und dem Sitzungsplan 2020. Darüber hinaus wurde auf Basis von schriftlichen Beiträgen des PV, des Ältestenrates und von Ingar Solty aus dem Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der als Gast an der Sitzung teilgenommen hat, eine Auswertung der Strategiekonferenz vorgenommen.

Der von Mitgliedern des Bundesausschusses eingebrachte Antrag »Gesundheit und Gemeineigentum« wurde mehrheitlich beschlossen. Ebenso ein Verfahren zur Unterstützung eines Parteitagsantrages zur Neuregelung der Verteilung der Beiträge und Einnahmen der Partei zwischen Bund und Ländern. In einem weiteren Antrag hat der BA sich entschlossen, die Septembersitzung unter der Hauptüberschrift »Wir ehren Friedrich Engels indem wir uns nützen« durchzuführen.

Fragen aus Sicht des Bundesausschusses, die in den nächsten Wochen geklärt werden sollten:

1. Umsetzung der Beschlüsse des Bundesausschusses durch den Parteivorstand.
2. Umgang mit überwiesenen Anträgen des Bundesparteitages an den PV bzw. den BA. Hier gibt es unterschiedliche Vorgehensweisen. Der BA behandelt die Anträge bzw. die Änderungsanträge, die dem Parteitag vorgelegen haben. Änderungen sind nur möglich, wenn die Antragsteller diese übernehmen. Dabei lässt sich der BA davon leiten, dass der Antragsschluss auf dem Parteitag mit Beschlussfassung festgelegt wurde. Der PV nimmt weitere Änderungen vor!

# Bericht des Bundesausschusses

*Ergänzung zum Antragsheft 1, Seite 59*

**Im September 2020** führte der Bundesausschuss in einer Präsenzveranstaltung unter Corona-Bedingungen seine zweitägige Beratung durch. Im Mittelpunkt dieser Beratung standen die Wahl des Präsidiums sowie die Beratung zum Thema »Wir ehren Friedrich Engels, indem wir uns nützen« auf der Basis der beschlossenen Konzeption. Einen breiten Raum nahm die Vorbereitung des Bundesparteitages in Erfurt ein. Zu diesem Tagungsordnungspunkt informierte der Bundesgeschäftsführer ausführlich und beantwortete die Fragen der Mitglieder des Bundesausschusses.

An dieser Beratung nahmen 59 Mitglieder des Bundesausschusses teil.

In das Präsidium wurden gewählt: Iris Bernert-Leushacke (Nordrhein-Westfalen), Barbara Borchardt (BAG Betrieb & Gewerkschaft), Mandy Eißing (Thüringen), Willi van Ooyen (Hessen), Artur Pech (Brandenburg), Edgar Zitelmann (Bremen).

Zum Thema »Wir ehren Friedrich Engels, indem wir uns nützen« wurde auf der Basis von nachfolgenden Beiträgen eine breite Diskussion durchgeführt:

- »Friedrich Engels in seiner Zeit«, Prof. Thomas Kuczynski
- »Kann Europa abrüsten?« Francis Wurtz (PCF, ehemaliger Präsident der linken Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament)
- »Friedrich Engels über Parteiprogramme und DIE LINKE« Dr. Eva Bockenheimer (Philosophin, freiberufliche gewerkschaftliche Bildungsreferentin)
- »Friedrich Engels über die Lage der arbeitenden Klasse und die Migration«, Artur Pech
- Die Vorträge wurden zwischenzeitlich in einer Broschüre veröffentlicht. Sie ist auf der Internetseite der Partei DIE LINKE abzurufen.
- In der Diskussion wurde deutlich, dass uns Friedrich Engels auch auf aktuell-politische Fragen helfen kann, linke Antworten zu finden. Es wurde empfohlen, dass diese Diskussion im Rahmen der Bildungsarbeit in den Ländern weitergeführt werden sollte.

Neben dieser Debatte wurden nachfolgende Beschlüsse mehrheitlich gefasst:

1. Den Beschluss des BA »Gesundheit und Gemeineigentum« an den Parteitag einzureichen.
2. »DIELINKE lohnt sich«
3. Der Dringlichkeitsantrag: »Unterstützung der Tarifauseinandersetzung TVöD vor Ort«

Abgelehnt wurde der Antrag »Studie LINKE im Außenblick«.

**Die Novembersitzung** konnte aufgrund der Pandemie wiederum nur als Videokonferenz durchgeführt werden. An dieser Sitzung nahmen 68 Mitglieder des Bundesausschusses teil.

Die geplante erste Lesung des Finanzplanes konnte nicht durchgeführt werden, da auf Grund von Entscheidungen auf Bundesebene der Parteivorstand noch keinen Entwurf zur Beratung behandelt hatte. Der Bundesausschuss entschied sich deshalb, die Beratung am 15. Januar 2021 nachzuholen.

Im Mittelpunkt der Novemberberatung standen aus aktuellem Anlass die Entscheidung des Bundesvorstandes zur Einberufung des Bundesparteitages, die Auswertung der Kommunalwahlen NRW, die Vorstellung der Wahlstrategie des Parteivorstandes und der Länder zur Vorbereitung des Wahljahres 2021, sowie die Vorstellung des Fahrplanes zur Erarbeitung des Bundestagswahlprogrammes.

Aus Sicht des Parteivorstandes stellte der Bundesgeschäftsführer die entsprechenden Papiere des Parteivorstandes vor, die Vertreter\*innen der Landesverbände Baden-Württemberg, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen (Kommunalwahlkampf) und Niedersachsen(Kommunalwahlkampf) ergänzten für ihre Länder.